

## **„Hier geht es wieder drüber und drunter – mit Äxten die ganze Nacht“**

### **Rotenburg 1848 – Schauplatz antijüdischer Ausschreitungen**

Heinrich Nuhn

*Lieber Eduard! (...) hier geht es wieder drüber und drunter, schlimmer als je; (...) den Juden wurden die Häuser zerschlagen und gänzlich ausgeräumt. (...) Ein unaufhörliches Einschlagen mit Äxten die ganze Nacht. Wahrscheinlich kommt Militär hierher, denn ohne dies gibt es Mord und Totschlag.* So steht es in dem Brief vom 9. Juni 1848, den Wilhelm Vilmar, von 1830 bis 1851 Pfarrer der Rotenburger Altsdtadtgemeinde, danach in Melsungen, an seinen Sohn Eduard in Hersfeld schrieb, der dort als Gymnasialschüler lebte<sup>1</sup>.

Anders als die von Pfarrer Vilmar geschilderten Ereignisse verbindet nicht nur der historisch Interessierte mit dem Jahr 1848 eher den Kampf für Glaubens- und Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Volksvertretung, Wahlrecht etc. Waren das nicht die dominierenden Bestrebungen jener Tage? Die Frontstellung richtete sich seinerzeit doch gegen bürokratische Gängelung und Zensur, gegen feudale Privilegien und ständische Ungleichheit. Wie verträgt bzw. vertrug sich dies mit Exzessen gegen Minderheiten, im besonderen gegen eine Minderheit wie die Juden, die selbst zu den Trägergruppen der neuen Ideen und Forderungen gehörten und große Erwartungen mit der Volksbewegung jener Tage verknüpften, weil sie die Chance zu bieten schien, soziale Isolierung und rechtliche Diskriminierung zu überwinden? Das Beispiel Rotenburg gehört also nicht in das Kapitel „Aufbruch zur Freiheit“, wie der optimistische Titel der Frankfurter Ausstellung in der Schirnhalle zum 150. Geburtstag der 1848er Revolution lautet, sondern auf eine der dunklen Seiten des Jubiläumstextes.

Wie kann uns Heutigen ein Verhalten begreiflich gemacht werden, das wir eher in den Zusammenhang dumpfer mittelalterlicher Gewaltausbrüche stellen oder als Folge ideologischer Verhetzung durch die Agitation der Rasseantisemiten interpretieren? Wie konnten Bürger unserer Region sich zu Aktionen hinreißen lassen, die so konträr zu dem Rahmen stehen, wie er im Anklang an die Ideen der Französischen Revolution von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit das Gebot der Stunde vor anderthalb Jahrhunderten schien?

Antijüdische Ausschreitungen im Zuge der 1848er Ereignisse sind in der wissenschaftlichen Literatur seither im wesentlichen in Baden und dort vor allem im Odenwald lokalisiert und analysiert worden. Die Demolierung der Wohnungen von Juden, die im Verdacht des Wuchers standen, lief parallel zu den Plünderungsaktionen der Bauern gegen die von der Obrigkeit angelegten Getreidespeicher und dem Sturm auf die Rentämter der Grundherren, um Schuldbücher und Urkunden zu vernichten, in denen ihrer Ansicht nach ungerichtfertigte Abgaben verbrieft und versiegelt waren<sup>2</sup>.

Auch Friedrich Heckers Intervention hatte die Bauern nicht davon abbringen können, in den Juden die Hauptschuldigen für ihre Notlage zu sehen, die

im wesentlichen durch die Ablösung der Feudallasten bedingt war. Schon zuvor hatte der Revolutionsführer die den Juden bestimmte Rolle beschrieben: *In Staaten, wo keine wahre Freiheit herrscht, wo wir uns täglich erdrückt fühlen von der Last des Polizeistaats, tut es wohl, wenn man noch einen sieht, der schlechter gestellt ist, den man verachten und knuffen kann, an dessen Mißhandlung man sich etwas erholen kann von der täglichen Bedrohung und Verkümmern des Polizeistaats. In der Unfreiheit der Staaten, in dem Druck, in der Verkümmern liegt es, warum wir die Juden nicht emanzipieren wollten. Indem wir die Juden knufften, glaubten wir uns selbst freier und höher stehend. Das ist das Bild der Sphinx in dieser Frage*<sup>3</sup>.

Bei der kartographischen Darstellung antijüdischer Ausschreitungen 1848 im „Atlas of Modern Jewish History“, 1990 in der Oxford University Press erschienen, ist Rotenburg der einzige in den hessischen Territorien erfaßte Ort<sup>4</sup> – eine überraschende und erstaunliche Beobachtung angesichts der Tatsache, daß die Vorgänge in Rotenburg in der deutschen bzw. hessischen Historiographie bislang nahezu unberücksichtigt geblieben sind.

Stefan Rohrbacher hat für den niederhessischen Raum neben Rotenburg auch Hofgeismar als Schauplatz judenfeindlicher Aktionen kartenmäßig registriert<sup>5</sup>. Während die Vorgänge in Hofgeismar zumindest in der Stadtgeschichtsschreibung dokumentiert wurden<sup>6</sup>, sind die Rotenburger Ereignisse des Jahres 1848 selbst in der lokalen Geschichtsschreibung so gut wie ausgeblendet bzw. nur verstümmelt und verzerrt festgehalten worden. Nach der (handschriftlichen) Stadtchronik von Rotenburg aus dem Jahr 1899 sind es „verschiedene tragikomische Vorkommnisse“ gewesen, an die man sich ein halbes Jahrhundert später erinnerte. Ein Blick in die städtischen Archivalien hätte den Chronisten eines Besseren belehren können. Andererseits befand er sich durchaus in Übereinstimmung mit der bis in die Mitte unseres Jahrhunderts dominierenden Betrachtungsweise, für die 1848 das „tolle Jahr“ war, in dem Anarchie und Chaos die gesellschaftliche und staatliche Ordnung bedroht hatten.

Noch 1981 mußte Dieter Langewiesche feststellen, daß die antijüdischen Aktionen während der Revolutionsjahre 1848/49 weder in ihrem Umfang noch in ihrer Bedeutung angemessen erkannt und dargestellt wurden<sup>7</sup>.

\*\*\*

Zunächst ein Blick zurück auf die allgemeinen Verhältnisse in den ersten Jahrzehnten des 19. Jh. Verschiedene Faktoren, auf die später noch einzugehen sein wird, hatten zur allgemeinen Verschlechterung der Lebensbedingungen in jenen Jahren beigetragen. Für die Bewohner des Rotenburger Raumes waren es in erster Linie die verfallende Leinenweberei und der unrentabel gewordene Bergbau. Die mehrfachen Mißernten der 1840er Jahre führten dann zu einem Zustand allgemeiner Not.

Infolge großer Dürre gab es 1842 in der hiesigen Gegend eine so magere Getreideernte, daß der Kornpreis im folgenden Frühjahr aufs Doppelte des Normalstands anzog. 1845 brach dann weit über die hessischen Grenzen hinaus die Kartoffelfäule aus, 1846 war dann erneut ein katastrophales Dürrejahr. Sichtbaren Ausdruck fand diese allgemeine Not in der sprunghaft ansteigenden Auswanderung. Wurden 1843 insgesamt 37 Auswanderer aus den hessischen Kreisen der ehemaligen Quart gezählt, so waren es 1844 bereits

104. 1846 waren es dann 274 Auswanderer allein aus dem Kreis Rotenburg, der damit die höchsten Auswandererzahlen unter allen Kreisen des Kurstaats aufwies. Aus den drei östlichen Kreisen der Landgrafschaft (Rotenburg, Eschwege, Witzenhausen) kam 1846 fast ein Drittel aller kurhessischen Auswanderer<sup>8</sup>.

Den besonderen Rotenburger Anteil an der Auswanderung aus Kurhessen weisen noch deutlicher die 1850er Jahre aus, als gut zehn Prozent der Bevölkerung des Kreises auswanderte (insges. 3.024 von 1852 bis 1860). Sowohl die absoluten Zahlen (336 pro Jahr) als auch die prozentualen Anteile wurden in keinem anderen kurhessischen Kreis erreicht<sup>9</sup>.

Für das Jahr 1852 sind für die einzelnen Kreise die Vermögensverhältnisse der Auswanderer nachgewiesen. Bezüglich derjenigen, die ganz ohne Vermögen ihre Heimat verließen, rangierte Rotenburg weit vor allen anderen niederhessischen Kreisen; 159 der 241 Rotenburger (= 66 v. H.), die mit Entlassungsschein aus dem Untertanenverband nach Nordamerika zogen, wurden als vermögenslos registriert<sup>10</sup>.

Für die Stadt Rotenburg bedeutete das Jahrzehnt von 1849 bis 1858 eine Abnahme der Bevölkerung um 16,04%; das war das Doppelte des Bevölkerungsverlustes auf Kreisebene (8,5%) und das Vierfache gegenüber den kurhessischen Werten (4.35,2%)<sup>11</sup>.

Daß wirtschaftliche Not das ausschlaggebende Auswanderungsmotiv für die Rotenburger war, verdeutlichen deren landesweit schlechten Vermögensverhältnisse mit 40 Talern pro Auswanderer als durchschnittlichem Vermögen (nur Frankenberg hatte mit 38 Talern einen niedrigeren Wert)<sup>12</sup>.

\*\*\*

Im Anschluß an die ersten Hanauer Unruhen und die Demonstrationen in Kassel war es seit Mitte März 1848 auch in den niederhessischen Landkreisen zu einer zunächst nicht abreißen Kette von Krawallen und Tumulten gekommen – gegen mißliebige Beamte, Adel und Gutsherren und gegen die örtlichen Israeliten, so vor allem in Eschwege und Herleshausen, wo es aber nicht über das Einschlagen von Fensterläden und verbale Bedrohungen hinausging<sup>13</sup>.

Nirgendwo in der ehemaligen Quart aber kam es zu so schweren Drangsalierungen der Juden wie in Rotenburg. Der erste Beleg dafür findet sich in der Eingabe des jüdischen Kaufmanns David Linz aus Rotenburg *für sich und seine sämtlichen Glaubensgenossen daselbst* vom 28. März 1848: *Seit 14 Tagen wiederholen sich die lärmendsten Auftritte gegen die Juden in Rotenburg. Nicht etwa begnügt man sich mit dem Einwerfen von Fenstern, die Häuser werden wahrhaft gestürmt, die Schalter mit Äxten eingeschlagen, ja in der Nacht vom 26. auf den 27., wo sich diese Auftritte in der schrecklichsten Weise und bei fast allen Judenwohnungen wiederholten, drangen die Ruhestörer sogar in das Haus des Salomo Sommer und warfen Waren und Geld zum Fenster hinaus.*

*An den Ecken waren Plakate angeheftet, welche die Drohung aussprachen, daß binnen 4 Wochen kein Jude mehr in Rotenburg sein dürfe, widrigenfalls man sie ins Wasser werfen würde. An Schutz und Hilfe ist um so weniger zu denken, als selbst den Christen, welche Juden aufnehmen und schützen wollen, damit gedroht wird, sie noch ärger als jene zu behandeln. (...) Die Bürgergarde*



## Die Ausschreitungen in Rotenburg/Fulda

**Kaffel, 2 Mai.** Die Erzeffe gegen Perfonen und Eigenthum in den Landftänden und Dörfern, namentlich gegen Beamte und Juden, nehmen auf eine bedauerliche Weiße überhand; von Hofgeismar, Melsungen, Rothenburg und Breidenbach find Judenfamilien mit ihren geretteten Habseligkeiten hier eingetroffen; zugleich ist aber heute eine Anzahl der Erzedenten gefesselt eingebracht worden. Es ist endlich einmal Zeit, gegen diese Uebelthäter, deren Absicht lediglich auf Plünderung und Raub gerichtet ist, energisch einzuschreiten und die Gesche wieder zu Ansehen zu bringen. Vor allen Dingen sind die Aufwiegler und Verföhler in Haft zu nehmen und den Gerichten zu überweisen; die öffentliche Stimme hat deren schon Mehre bezeichnet. So sollen namentlich in Rothenberg ein Advokat und ein Kaufmann, der sich in seinem Gewerbsbetriebe durch die Juden beengt fühlt, die dortigen Szenen veranlaßt haben. Milde und Nachsicht wäre hier ein Verbrechen gegen das Land.  
(D. P. X. 3.)

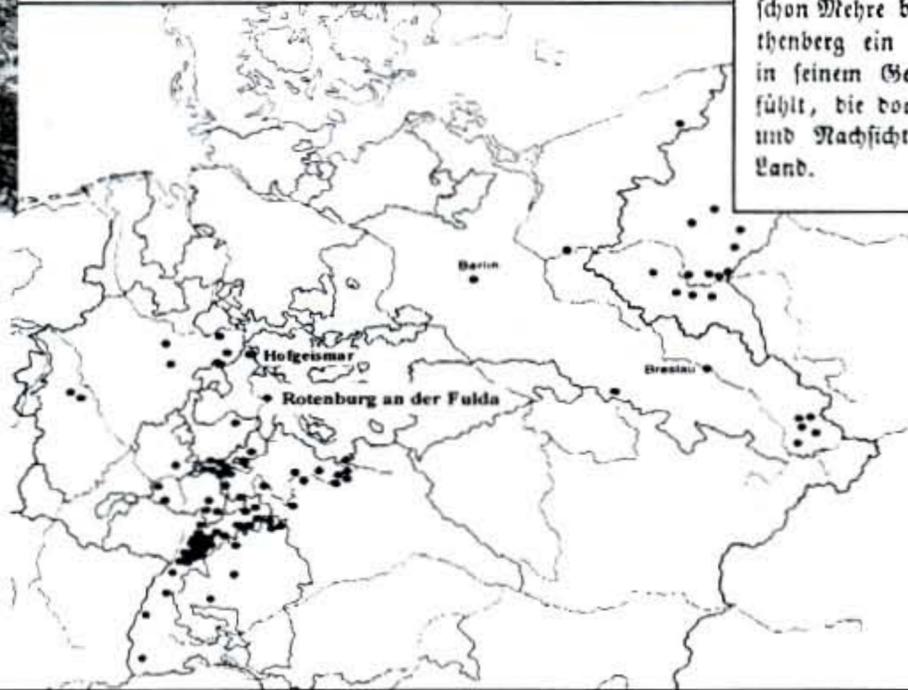


Bild oben: Der mittlere Steinweg um 1880. 2. Haus v.l.: Baruch Flörshaim (später Kaufmann Mainz).

Bild M. l.: Grabstein von Baruch Flörshaim auf dem alten Teil des jüdischen Friedhofs in Rotenburg/Fulda.

Bild M. r: Allgemeine Zeitung des Judentums vom 15. Mai 1848, S. 309.

Bild unten: Nach St. Rohrbacher, Gewalt im Biedermeier, 1993, S- 221; bearb. v. Jürgen Zimmermann, Rotenburg/Fulda, 1998).

wagt es nicht einzuschreiten, (...) und das Gericht ist sogar genötigt gewesen, die bei dem beginnenden Tumulte verhafteten Ruhestörer alsbald wieder freizugeben, weil mit Grund zu befürchten war, das Gefängnis werde gestürmt werden<sup>14</sup>.

Nach einer Meldung der in Hersfeld seit März 1848 in Neuer Folge erscheinenden liberalen Zeitung „Der Hessenbote“ waren in Rotenburg bereits *in der Nacht vom 11. auf den 12. d. M. an dem Eigentum jüdischer Bürger die rohesten Excesse verübt worden*<sup>15</sup>. Das Hersfelder Blatt empörte sich vor allem darüber, daß *die besser gesinnten Bürger (...) dabei ihre Schuldigkeit so wenig gethan, daß jene Excesse nicht einmal entschieden mißbilligt worden seien*.

Bereits am 23. März 1848 marschierte Militär in Kompaniestärke in Rotenburg ein. Der Kommandeur, Major von Borck, mußte vor Ort feststellen (Bericht v. 29. März 1848), daß hier die Obrigkeit in *keinem besonderen Respekt stehe, indem jetzt mehrere Tage hintereinander, besonders Sonntag am Morgen, Zusammenrottierungen stattgefunden, welche in förmlichen Plünderungen und Beraubungen der Juden geendigt haben, ohne daß die Gerichte pp. eingeschritten oder nachträglich Verhaftungen vorgenommen hätten. Das Institut der Bürgergarde ist schlecht organisiert und ist ebenfalls bei den vorgefallenen Unordnungen ziemlich untätig geblieben*<sup>16</sup>.

Auf Grund dieser Beobachtungen riet der Kommandeur der mobilen Einsatztruppe schon zu diesem Zeitpunkt zur Stationierung von Soldaten in der Stadt Rotenburg, deren beständige Gegenwart in der Stadt Sontra und in den Landgemeinden jedoch nicht notwendig erscheine. *Anders sind die Zustände in der Stadt Rotenburg. Jedermann ist überzeugt, daß die früheren Störungen der öffentlichen Ruhe, die verübten Gewalttätigkeiten, alsbald wieder beginnen würden, wenn das Militär abmarschierte*<sup>17</sup>.

Die Anwesenheit der Soldaten bedeutete jedoch noch keine vollständige Entwarnung. Drei Tage nach seinem Dienstantritt konnte Oberstleutnant Hillebrand, dessen Kolonne von Schmalkalden zur Ablösung der Borck'schen Einheit nach Rotenburg verlegt worden war, zwar vermelden, daß es *keine bedeutende Ruhestörung* mehr gegeben habe, wohl aber seien in Rotenburg *heftige Drohungen* zu vernehmen gewesen und dem Kommandeur der Bürgergarde sei ein Fenster eingeworfen worden<sup>18</sup>.

Die Rotenburger Geschehnisse fanden ihren Niederschlag nicht nur in der jüdischen Presse<sup>19</sup>, sondern auch in anderen überörtlichen Organen. So glaubte das „Frankfurter Journal“ vom 5. Mai 1848 auch die Veranlasser der Exzesse in Rotenburg zu kennen, nämlich *ein Advokat und ein Kaufmann, der sich in seinem Gewerbsbetriebe durch die Juden beengt fühlt*<sup>20</sup>.

Am 1. Mai 1848 gab Leyser Linz, Kolonial- und Manufakturwarenhändler, bei der Polizeidirektion der Provinz Niederhessen in Kassel u. a. zu Protokoll: *Seit sieben Wochen werden die Juden in Rotenburg durch Exzesse gegen ihr Eigentum beunruhigt, namentlich sind mir schon mehrere Male die Fenster eingeworfen beziehungsweise eingeschlagen worden; man ist so eingeschüchtert, daß man das Haus nicht verlassen mag. Am Mittwoch, den 26. v. M., gegen Abend, versammelte sich wieder ein Haufen Ruhestörer vor meiner Wohnung, welche sich mit Äxten bewaffnet hatten und damit meinen Laden einschlugen. Kisten wurden auf die Straße geworfen und mit den darin befindlichen Waren zertrümmert und weitere Beschädigungen im Laden selbst angerichtet. Den Verlust kann ich zu 25 Taler anschlagen.*

Dem zusammen mit Leyser Linz hilfesuchend nach Kassel geeilten Manufakturwarenhändler Geisel Birnbaum waren bis dahin viermal die Fenster eingeworfen worden. Außerdem zeigte er an: *Eine Mauer mit Staketen zur Umfriedigung meines Hofes ist total abgebrochen, meine Haustür mit Äxten eingeschlagen worden. Kein Abend vergeht, wo nicht Steinwürfe nach meinem Hinterhause gerichtet werden.* Geisel Birnbaum bekräftigte die dringende Bitte seines Leidensgenossen Leyser Linz, von Kassel aus *Hilfe für die bedrängten Juden in Rotenburg zu schaffen.*

Geisel Birnbaum hatte in gleicher Mission schon sechs Wochen zuvor in Kassel vorgesprochen. Damals, am 15. März 1848, war es Baruch Flörsheim, mit dem zusammen er in Kassel um Hilfe nachgesucht hatte<sup>21</sup>.

Im „Orient“ (Nr. 9, 1848), dem Zentralorgan der reformorientierten deutschen Juden, war zu lesen, daß u.a. aus Rotenburg am 2. Mai 1848 *Judenfamilien mit ihren geretteten Habseligkeiten* in Kassel eintrafen<sup>22</sup>. Ein ausführlicherer Bericht über diesen zweiten Akt des antijüdischen Dramas in Rotenburg findet sich im Blatt der orthodoxen Juden, „Der treue Zionswächter“. In Nr. 4/1848 hieß es: *Kaum hatten die Rotenburger Juden sich ein wenig von dem ersten Ueberfalle erholt, und der Hoffnung hingegeben, jetzt wenigstens unbelästigt bleiben zu dürfen, als am Moze Schabbat (= Samstagabend) die früheren Szenen von Neuem und zwar in weit bedeutenderer Gestalt sich wiederholten. Verfolgung, Mißhandlung, Plünderung und Verwüstung erreichte endlich einen so hohen Grad, daß (...) 300 Schützen hier einrücken mußten, wodurch die Ruhe wieder hergestellt und Untersuchung auf's Eifrigste eingeleitet und betrieben wurde*<sup>23</sup>.

\*\*\*

Im Laufe der folgenden Wochen beruhigten sich in Rotenburg zunächst wieder die Gemüter. Die Lage änderte sich dann aber schlagartig im Juni 1848. In der Nacht vom 5. zum 6. Juni 1848 wurde die Wohnung eines jüdischen Händlers Zielscheibe der Zerstörungswut Rotenburger Bürger<sup>24</sup>. Drechslermeister George Stöltzing und der Büchsenmacher Störkenins wurden als Rädelsführer verhaftet und in das Rotenburger Amtsgefängnis eingesperrt.

Der seit 1832 in Rotenburg amtierende Landrat Rembe war Ende Mai 1848 abgelöst worden. Offenbar war dies aufgrund einer Eingabe des Rotenburger Stadtrats vom 16. Mai 1848 geschehen, in der dem Landrat neben persönlichen Verfehlungen (private Schulden) und daraus folgendem Mangel an Unparteilichkeit unter anderem vorgeworfen wurde, *daß er durch seine Machinationen uns und unsere Stadt in ein übles Licht gestellt und um die Huld unseres Fürsten gebracht hat und der Träger des jüdischen Elementes und ihr Schutz und Schirm ist*<sup>25</sup>.

Der mit der Wahrnehmung der Landratsgeschäfte beauftragte Regierungsassessor Mittler berichtete über die Vorgänge in Rotenburg an die Regierung in Kassel:

*Seit dem 1. d. M. haben dagegen fast jeden Abend dahier wieder Exzesse gegen das Eigentum der Israeliten stattgefunden. Diese Exzesse werden gegen Mitternacht von einzelnen wenigen in einem so klug berechneten Momente ausgeführt, daß es noch keinmal gelang, die Täter auf frischer Tat zu erfassen. Am Sonntage, den 4. d. M. wurden gleichzeitig dem Herrn Justizbeamten Weber mit einem ‚Verrat den Beamten, den Judenfreunden‘ und einem sonst*

*sehr populären Kaufmanne Wetzel Charivaris (= Katzenmusiken) gebracht und zwei Israeliten die Fenster eingeworfen. Montags, wo eine verstärkte Wehr aufzog, wurden gegen Mitternacht fast unter den Augen der Wehr einem Israeliten die Fenster zertrümmert. Man konnte die Täter zwar nicht auf frischer Tat ertappen. Allein 3 Individuen wurden unter sehr verdächtigen Umständen betreten und folgenden Tags verhaftet. Diese Verhaftung erzeugte, da einer der Verhafteten, der Drechslermeister Stöltzing, ein angesehener Bürger ist, eine ungeheure Aufregung<sup>26</sup>.*

Nach Darstellung des Kommandeurs der mobilen Militärkolonne (Bericht vom 11. Juni 1848) war es einer der beiden Hauptleute der Bürgergarde, der die Verdächtigen in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni ermittelt hatte, woraufhin sie in Haft genommen worden waren. Ebenso war nach den Recherchen des Kommandeurs in der Nacht vom 8. auf den 9. Juni die Wohnung des Justizamtmanns Weber zweimal die Adresse eines *heulenden Charivari unter Steinwürfen*<sup>27</sup>. Der kommissarische Landrat Mittler befürchtete sogar die Erstürmung des Rotenburger Gefängnisses. Daß dies nicht geschah, sah Mittler in den behördlich eingeleiteten Sicherheitsvorkehrungen begründet.

Am Nachmittag des 8. Juni ließ Justizamtmann Weber, der ebenfalls mit Befreiungsversuchen rechnete, die Inhaftierten in das Landesjustizgefängnis nach Kassel verlegen. Als dieses Vorhaben bekannt wurde, so Weber tags darauf an die Ministerien des Inneren und der Justiz in Kassel, *erfolgte alsbald eine bedeutende Aufregung bei der gesamten hiesigen Einwohnerschaft, die sich in mehrfachen Versuchen gewaltsamer Befreiung der Transportaten äußerte. Nur durch die äußerste Energie und die größten Anstrengungen konnte die Fortbringung der Angeschuldigten bewerkstelligt werden. Es blieb indessen eine ungeheure Aufregung der Gemüter zurück, die massenhafte tumultuarische Auftritte befürchten ließ.*

Die Ausschreitungen eskalierten dann in der Nacht vom 8. zum 9. Juni 1848. Die Ursache dafür erblickte Regierungsassessor Mittler in der von Justizamtmann Weber – allerdings ohne Rücksprache mit dem Landratsamt – angeordneten Überführung der Inhaftierten in das Landgerichtsgefängnis in Kassel: *Es war gegen 3 Uhr nachmittags. Kaum bewegten sich die Wagen von dem Gefängnisse hinweg, als ein ungeheurer Aufstand entstand und Versuche gemacht wurden, die Gefangenen zu befreien. Nur das energische Benehmen des Herrn Justizbeamten hielt die gewaltsame Befreiung auf. Ich eilte hinzu und war im Begriff, die Aufruhrnote zu verlesen, als der Sturm sich legte und die Wagen die Stadt verlassen konnten. Es herrscht inzwischen eine unglaubliche Aufregung und Erbitterung.*

Um der Lage Herr zu werden, hatten die Rotenburger Behördenleiter die beiden Schutzwachen und die Bürgergarde alarmiert. Auf die Mitglieder der Bürgergarde war jedoch kein Verlaß. Dem Einsatzbefehl ihrer Kommandeure folgten nur 12 Gardisten, *die sich bei den ersten tumultuarischen Auftritten wieder entfernten.* Die mangelnde Einsatzbereitschaft der Bürgergardisten hatte deren Führung schon vermutet, ebenso auch Regierungsassessor Mittler. Das Bürgergardekommando (Gebrüder Reyer) war nämlich selbst bereits zur Zielscheibe des Bürgerzorns geworden, so daß für diesen Tag die Befehlsgewalt dem nächstfolgenden Gardeoffizier übertragen worden war. Dieser teilte seinen Auftraggebern seine Skepsis mit, der Lage mit Hilfe der Bürgergarde Herr zu werden, weil er einesteils befürchten müsse, daß niemand seinem

Befehl folgen werde, und andererseits *der Tumult noch mehr würde vergrößert werden*. So sahen sich die Vertreter der staatlichen Gewalt in jener Situation *ohne alle Unterstützung, da die hier anwesenden Gendarmen fast sämtlich zum Transport der Gefangenen verwendet werden mußten*, so daß sie den tumultuarischen Auftritten der Rotenburger Bürgerschaft keinen Widerstand entgegensetzen konnten.

*Mit Anbruch der Nacht durchzog ein Haufen von 6-800 Menschen, der größere Teil der gesamten männlichen Einwohnerschaft, die Stadt und begann einzelne Häuser der Israeliten im Äußeren, wie im Inneren, gänzlich zu demolieren. Zweimal zog die Menge vor die Wohnung des Justizbeamten, unter dem wilden Geheule ‚der Hund soll heraus!‘, welches beim zweiten Male zahlreiche Steinwürfe begleiteten. Das Zerstörungswerk an den Judenhäusern wurde bis auf 2 Uhr fortgesetzt. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß sich die Ausschreitungen am folgenden Abend fortsetzen würden, vielleicht in noch bedrohlicherer Weise wiederholen werden. Der mit 9. Juni, nachts 3 Uhr datierte Bericht schließt mit dem dringenden Appell an die Regierung um schleunigste militärische Unterstützung, da sonst Ruhe und Ordnung in Rotenburg nicht aufrecht zu erhalten seien und die notwendigen Untersuchungen der bereits stattgefundenen Exzesse nicht durchgeführt werden könnten. Wir müssen deshalb die sofortige Absendung eines Militärdetachments von zwei Kompagnien, insbesondere von Kavallerie, welche heute Abend noch dahier eintreffen könnte, ebenso dringend wie ehrerbietig beantragen.*

Noch am gleichen Tag bat Regierungsassessor Mittler um seine Ablösung aus Rotenburg. Wegen seiner Parteinahme für den attackierten Justizbeamten habe er den unverhohlenen Haß der Bevölkerung auf sich geladen, der es ihm unmöglich mache, *„in der Stadt Rotenburg auf dem friedlichen Weg für Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung zu wirken“*<sup>28</sup>. Dem Justizbeamten Weber gab Mittler den dringenden Rat, Rotenburg seiner persönlichen Sicherheit wegen bis zur Ankunft des Militärs zu verlassen, was dieser auch gegen Mittag des 9. Juni tat. Noch für den gleichen Tag wurde in Rotenburg eine „Volksversammlung“ anberaumt, die eine Petition an die Regierung in Kassel verabschiedete.

Zunächst schien die Ruhe in Rotenburg zwar wieder hergestellt, unter der Oberfläche kochte der Volkszorn aber noch gewaltig. *Drohende Äußerungen gegen Herrn Weber, mitunter gegen alle Amtsdienere, werden öffentlich ausgesprochen*, vermeldete Regierungsassessor Mittler in seinem Bericht nach Kassel vom 11. Juni 1848.

Die Bürgergarde fiel als Ordnungsfaktor völlig aus, nachdem deren Kommandeure persönlich bedroht worden waren und ihre Ämter niedergelegt hatten. *Veranlassung zu der Niederlegung der Stellen waren die Vorgänge jener Nacht, wo von der aufgerufenen Mannschaft nur 12 erschienen waren und diese im Anfange des Tumultes ihren Anführer verlassen hatten*. Im Bericht des Kreisamtes an die Untersuchungskommission vom 12. Juli 1848 werden 12 Gardisten namentlich aufgeführt, die am Abend des 8. Juni 1848 einberufen worden waren, von denen aber nur drei erschienen: neben Christoph Clauß die beiden jüdischen Bürgergardisten Heß und Lehmann Nußbaum. 15 Gardisten hatten sich dem Schutzgesuch des Justizamts vom Nachmittag des 8. Juni verweigert, darunter auch die jüdischen Mitglieder Meyer Fleischhacker und Baruch Tannenwald. Die der Bürgergarde zugeordnete Aufgabe übernahmen

dann 10 Mitglieder der von Kreissekretär Bode geführten Schutzwache, unter ihnen die jüdischen Gardisten M. Dellevie, David Wertheim und Dr. Schirling. In einer Liste vom 13. September 1848 sind weitere 13 Namen von Bürgergardisten aufgeführt, die am Nachmittag des 8. Juni ihrem Einsatzbefehl nicht gefolgt waren, gegen die bis dahin aber noch kein Verfahren eingeleitet worden war (darunter keine jüdischen Mitglieder)<sup>29</sup>.

Am Mittag des 11. Juni traf dann die angeforderte mobile Militärkolonne in Rotenburg ein. Die Einquartierung ging *ohne Anstand vor sich* (Assessor Mittler). Das Vertrauensverhältnis zwischen dem örtlichen Vertreter der Justiz und der Bevölkerung sah Assessor Mittler so sehr zerrüttet, daß er die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung nur vermittels einer besonderen Untersuchungskommission für möglich hielt.

Auch eine Woche später, am 18. Juni 1848, beurteilte Assessor Mittler – trotz ausgebliebener weiterer Unruhen – die Lage in Rotenburg als weiterhin bedrohlich. *Der Haß gegen die Israeliten, gegen den Justizbeamten Weber hat sich vielleicht noch gesteigert. Sobald das Militär Rotenburg verlassen haben wird, ist die Rückkehr der Exzesse zu befürchten.* Mittler machte die Regierung darauf aufmerksam, daß es im Verlauf der gerichtlichen Untersuchung zu weiteren Spannungen kommen könne, die nur durch verstärkte Militärpräsenz unter Kontrolle zu halten seien. Für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung sei vor allem aber die Auflösung der Bürgergarde unerläßlich, sie verdiene auf Grund ihres Verhaltens am 8. Juni keinerlei Vertrauen.

Mittlers Lagebeurteilung deckt sich mit der diesbezüglichen Meinung des nach Rotenburg entsandten Landgerichtsassessors Bernhard. In seinem Bericht vom 14. Juni 1848 schildert dieser die fatale Situation, in die Justizamtman Weber nach seiner tags zuvor erfolgten Rückkehr nach Rotenburg gekommen sei. Dessen Versuch, bei einem Verwandten am Stadtrand unerkannt Unterschlupf zu finden, sei mißlungen. *In der Zwischenzeit war Leben und Eigentum der bedrohten Person den Händen eines wütenden und höchstwahrscheinlich berauschten Pöbels preisgegeben.* Amtmann Weber konnte die Stadt jedoch noch am gleichen Abend unversehrt in Richtung Kassel verlassen.

Der Polizeiwachtmeister Richter, so vermeldete Assessor Bernhard, bedürfe mehr des Schutzes, als daß er andere beschützen könne. Das Verhalten des Bürgermeisters sei leider *völlig passiv*. Bernhard sah seine Person und seinen Auftrag als Untersuchungsrichter in Rotenburg so sehr bedroht, daß er dazu anriet, das Verfahren gegen die Beschuldigten nach Kassel zu verlegen, *woselbst auch noch hiesige bedrängte Israeliten wohnen.* In Rotenburg sei zu erwarten, daß ohne Militärpräsenz jeder mit der Untersuchung Beauftragte *der Rache der Verwandten und Freunde der Inkulpaten (= Beschuldigten) bloßgestellt werden wird, weil man fast allgemein die Exzesse gegen die Israeliten für eine wohlverdiente Bestrafung derselben und die Untersuchung darüber für ein unverantwortliches Unrecht halte.*

In dem zusammenfassenden Bericht der Polizeidirektion der Provinz Niederhessen für den Monat Juni heißt es mit Bezug auf den 8./9. Juni 1848, daß *mit der anbrechenden Nacht die größten Exzesse an fast sämtlichen dasigen Judenhäusern verübt wurden*<sup>30</sup>.

Am 28. Juni 1848 ließ das Kriegsministerium auf Grund des Ersuchens der hiesigen Justizbeamten die beiden restlichen Kompanien des Schützenbataillons nach Rotenburg abmarschieren. Dort kamen sie gerade rechtzeitig

an, um auf andere Weise als eigentlich gedacht zur Brandbekämpfung beizutragen. In der Rotenburger Neustadt war nämlich am 28. Juni 1848 gegen 15 Uhr ein Großbrand ausgebrochen, der bis zum folgenden Tag wütete. Für die Löscharbeiten waren die Schützen hochwillkommen. Für ihre Hilfe bedankte sich der Rotenburger Stadtrat in einem Zeitungsbeitrag im Hersfelder „Hessenboten“ (Ausgabe vom 4. Juli 1848). Die Flamme des Zornes und Hasses gegenüber den jüdischen Mitbürgern zu löschen, beanspruchte jedoch längere Fristen.

Kaum war der Großbrand vom 28. Juni in der Neustadt gelöscht, als am 10. Juli auf der anderen Fuldaseite, in der Brückengasse, Feuer ausbrach und drei Häuser schwer beschädigt wurden. Auch hier konnten sich die vier Kompanien des einquartierten Schützenbataillons als Lösch- und Ordnungstruppe auszeichnen. Deren Kommandeur glaubte sicheren Nachweis zu haben, *daß auch dieses Feuer wieder angelegt worden ist*. Er sah die ganze Bevölkerung *unter solchen Verhältnissen in Angst und Schrecken*<sup>31</sup>.

\*\*\*

Hauptleidtragender bei den Exzessen in der Nacht vom 8. zum 9. Juni 1848 war der am Steinweg wohnende Kaufmann Baruch Flörsheim, der am 10. Juni 1848 im Ministerium des Innern in Kassel u. a. zu Protokoll gab: *Vorgestern Abend von 1/2 10 an sind wieder bedeutende und rohe Exzesse an dem Eigentum der Juden zu Rotenburg verübt worden. Um diese Zeit drang ein Haufen Ruhestörer vor meine Wohnung, warfen mit Steinen an Tür und Fenster, schlugen dieselben dann mit Äxten ein, begaben sich hierauf fort und kehrten etwa gegen 12 Uhr nachts zurück, nachdem sie in anderen Judenhäusern Beschädigungen angerichtet hatten. Sie drangen nun in mein Haus ein, zertrümmerten die Stubenthür und sämtliche in der Stube befindliche Möbel, rissen die Öfen ab und warfen diese sowie die zerschlagenen Möbeln auf die Straße. Aus meinem Inventar sind mir verschiedene Geldsachen, unter andern einige Ringe, sodann ein silberner Vorlegelöffel und 1/4 Dutzend silberne Eßlöffel entwendet worden; auch vermisste ich mehrere einzelne Landeskreditkassen-Obligationen im Gesamtbetrage von 300 rth und etwa 20 rth bares Geld. Den ganzen Verlust kann ich auf 1000 rth anschlagen. (...)*

*Früher sind Exzesse gegen mich nicht verübt worden. Wenn auch meine Person nicht bedroht war, so hatte ich doch Veranlassung genug, meine Familie und alles zurücklassend, hier Schutz zu suchen, denn der Herr Amtmann Weber erklärte mir, daß er nicht helfen könne. Von den Ruhestörern habe ich folgende erkannt:*

1. den Cantor Oese von Rotenburg
2. den Dachdecker Conrad Greuling
3. den Reinhard Müller vulgo Halber Jude
4. den Tagelöhner Georg Hartung
5. den Bäckermeister Matthias Hucke
6. den Buchbinder Reinhard Tiel
7. den Zimmermann Matthias Horneff.

Als Zeugen benannte Flörsheim 32 Personen, 23 christlicher und 9 israelitischer Konfession.

*Schließlich bat Comparent noch, Haussuchung namentlich bei folgenden Personen vornehmen zu lassen, bei denen sich Sachen, die ihm entwendet worden, befinden würden:*

- 1. bei dem Seifensieder Christian Grau*
- 2. bei dem Cantor Oese*
- 3. bei dem Georg Hartung*
- 4. bei dem Gastwirt Hucke*
- 5. bei dem Bäckermeister Hoffmann.*

Die Rotenburger Bürgerschaft, die sich in einem „Eingesandt“ in der Kasselschen Allgemeinen Zeitung vom 16. Juni 1848 wegen der Vorgänge in der Nacht vom 8. auf den 9. Juni an den Pranger gestellt sah, wehrte sich heftig gegen die erhobenen Anschuldigungen. Man wählte sich völlig zu Unrecht auf der Anklagebank. Eine Bürgerversammlung wurde einberufen und weder Geld noch Mühen gescheut, um die öffentliche Meinung (die *Mitbürger in Hessen*), die Ständeversammlung und die Regierung von dem *einseitigen und falschen Urteil* abzubringen, wie es in einer gedruckten Erklärung vom 20. Juni 1848 hieß.

Der Erklärung beigefügt waren – jeweils gedruckt – *die einfache Darlegung der in Rotenburg vorgefallenen Begebenheiten, an das hohe Ministerium des Innern gerichtet*, dann eine Petition an die Ständeversammlung (datiert 20. Juni 1848) und *Gesammelte Beobachtungen von verschiedenen, redlich denkenden Israeliten zu Rotenburg, über das unredliche und wucherliche Bestreben mehrerer ihrer Glaubensgenossen, sich auf Unkosten ihrer christlichen Mitbürger zu bereichern, sowie über die geeigneten Mittel, sie künftig davon abzuhalten, und sie zu veranlassen, sich zu würdigen und nützlichen Staatsbürgern heran zu bilden*, datiert 13. März 1848.

Dem Ministerium des Innern gegenüber wurde gar nicht erst der Versuch gemacht, die stattgefundenen Ausschreitungen abzustreiten, sondern sie als kaum vermeidbare Folge der Emanzipation der Juden zu erklären und zu rechtfertigen. Diese hätten *auf die Stadt und den Kreis Rotenburg den schädlichsten und traurigsten Einfluß ausgeübt... Wenn auch von jedem ruhigen, rechtlichen Bürger mißbilligt*, seien die *leider traurigen Exzesse* durch das unselige Treiben der jüdischen *Bedrücker* hervorgerufen worden. *Wo ganz Deutschland sich erhob, um sich von seinen Bedrückungen zu befreien, auch in uns der Wunsch erwachte, endlich auch einmal das freudige Licht zu sehen und auch die Last von uns zu wenden*. Alle mit den gegenwärtigen Veränderungen verknüpften Wohltaten gingen spurlos an ihnen vorüber, *wenn nicht das verderbliche Treiben dieser Juden, welches sich besonders in ihren Schacher-, Wucher- und Güterhändeln zeigt, von Seiten der Regierung gelegt wird*. In den Augen der Rotenburger Petitionen waren also nicht die Täter, sondern die Opfer schuld an den Vorkommnissen.

Die massiven Ausschreitungen (*die furchtbarsten Exzesse*) in der Nacht vom 8. auf den 9. Juni 1848, *die schrecklicher als alle vorhergegangenen waren*, wurden auch als Reaktion auf die rigorose und provozierende Methode der Strafverfolgung durch den Rotenburger Justizbeamten Weber zu erklären versucht: *Unvorsichtiges und ungerechtes Behandeln der Gefangenen habe bewirkt, daß selbst die rechtlichsten und ruhigsten Bürger (...) so ganz außer Fassung waren*.

Amtmann Weber war erst seit Ende April 1848 von Witzenhausen nach Rotenburg versetzt worden, weil er an seiner alten Wirkungsstätte bereits das Ziel des „Volkszorns“ geworden war. Wegen seines heftigen Vorgehens in Rotenburg wurde er dann suspendiert und erneut versetzt. „Wiedergutmachung“ für ihn kam dann in der Reaktionszeit, er wurde nämlich 1851 in Hanau zum Landrat ernannt<sup>32</sup>.

Die Rotenburger Petition an die Ständeversammlung vom 20. Juni 1848 nimmt schon zur Jahrhundertmitte die aggressive Diktion vorweg, deren sich die antisemitischen Agitatoren Jahrzehnte später bedienten. An dem Rotenburger Papier hätten sie wohl ihre helle Freude gehabt.

Die Petition geht vom Scheitern der Emanzipationspolitik aus. Auch nach anderthalb Jahrzehnten Gleichberechtigung fehle den Israeliten trotz zugegeben korrekter Steuerzahlung und Bereitschaft zur Landesverteidigung noch immer das Bewußtsein, daß gleiche Rechte auch gleiche Pflichten bedeuteten. An die Stelle der *Pflicht, sich auf ordentliche und ehrenhafte Weise zu nähren und ihr Fortkommen zu suchen*, hieß es in der Petition, müsse man *sie der Habsucht beschuldigen und mit den Wölfen vergleichen, die in unaufhörlicher Hast in der christlichen Herde einherschleichen und sie zu zerstören suchen*. Einige wenige Israeliten hätten ihr Vermögen zwar mit *Ehrlichkeit und Rechtlichkeit* erworben, *doch Einzelne geben nicht den Maßstab eines ganzen Volkes ab*.

*Doch sehen wir nie die christlichen Bewohner bei aller Tätigkeit und Arbeitsamkeit, bei dem mühsamsten und schwersten körperlichen Kraftaufgebot es dahin bringen, wohin es der erbärmlichste Schacherjude, der wie ein Tagedieb täglich auf der Straße steht und sich wider alle Straßenecken setzt und lehnt und nie eine Hand aufhebt zu den Arbeiten, wozu ihm die Hände von Gott gegeben sind, bringt. Mit diesen Leuten sind wir hier gegen andere Landesteile ungleichmäßig überfüllt (...). Es ist aber ein Unterschied, ob unter einer Herde nur 1 Wolf oder 10 Wölfe ihr Wesen treiben.*

Die Verfasser der Petition waren in ihrem in den Kategorien von Recht und Ordnung tiefverwurzelten Denken durch ihre direkte oder indirekte Mitbeteiligung bei den verschiedenen Krawallen und Ausschreitungen gewaltig verunsichert, wie die folgenden Passagen erkennen lassen:

*Durch die neuen politischen Änderungen, wo sich alles in seinen Grundfesten bewegt und alles, was auf schlechtem Grund gebaut ist, umzustürzen droht, hat sich auch leider hier die vorherige Duldsamkeit eines Teils der christlichen Bewohner in Unduldsamkeit verwandelt, der früher gesetzliche Weg ist in einen ungesetzlichen umgeschlagen. Gegen die Juden sind einige Exzesse durch Fenstereinschlagen und Zertrümmerung einiger Möbel und sonst noch manches andere Ungesetzliche verübt worden. Dies sei zwar zu bedauern, aber: Noch weit mehr ist es zu bedauern, daß durch die Handlungsweise volksschädlicher Elemente solche Dinge herbeigeführt wurden.*

Nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ kehrten die Rotenburger Petitionen die Konfliktsituation in ihrem Verhältnis von Ursache und Wirkung ganz einfach um. Aus dem bei den Ausschreitungen zutage getretenen Haß auf die Juden wurde so *der Haß, welchen dieses Volk gegen Nichtjuden in seinem tiefsten Herzen trägt*. Dieser Haß werde *für immer eine unübersteigliche Scheidewand bilden, die durch keine Gesetze, Erziehungsanstalten, Anteil an allen staatsbürgerlichen Rechten vernichtet werden kann*.

Um ihrer Klage Gehör zu verschaffen, war den Verfassern auch das gewaltsamste Argument recht. *Geld ist die Losung* wurde als Handlungsprinzip der Juden definiert. *Jedes Mittel, das ihnen dazu verhilft und nur keinem ihrer Glaubensgenossen schadet, ist nach ihren Grundsätzen gerade nicht unrecht. (...) Wenn auch sonst unter ihnen der bitterste Haß, die größte Feindschaft, Neid und Mißgunst stattfindet: betrifft es ihr Gesamtinteresse, so sind sie einig und fest verbunden.*

Wo gab es einen Bereich, in dem die Juden kollektiv mit Nicht-Juden in Berührung kamen? Die geschäftlichen Beziehungen, auf die sich die Kontakte bis dahin beschränkten, beruhten stets auf individuellen Abmachungen und waren, wie die Petitionen selbst erkannt hatten, von schärfster Konkurrenz innerhalb der jüdischen Händlerschaft geprägt.

Weiteres Argument der Rotenburger: Könnte man das Rad der Geschichte zurückdrehen, dann würde das Emanzipationsgesetz vom 28. Oktober 1833 ungeschrieben bleiben. Mit der inzwischen erworbenen besseren Kenntnis ihres wahren Charakters würden den Juden wohl kaum die bürgerlichen Rechte in dem Umfang zugestanden werden, wie dies seinerzeit geschehen war, als der Wille des Volkes noch nicht so viel wie jetzt zählte. *Wir sind der festen Überzeugung, daß die Emanzipation, wenn sie noch nicht vorhanden, nie eintreten würde, denn man würde jetzt die Stimme des Volkes und die Meinung desselben zu vernehmen suchen.*

Mit gewagtem Naturvergleich wurde versucht, die elementare Bedrohung durch die Juden zu artikulieren: Des Volkes Stimme wüßte die entscheidende Frage zu stellen, *ob wohl nicht das aufgepfropfte Reis die Kräfte und Säfte des ganzen Stammes an sich ziehen werde.*

Da das Unglück der Gleichstellung aber nun geschehen sei, gehe es solange nicht ohne Sondergesetze, wie die Juden ihre gewohnte Lebensart und Erwerbstätigkeit beibehielten: *Bis sie uns als Mitbürger und Brüder erkannt haben werden (...), so lange sie nur den Erwerbszweigen, die wenig Anstrengung, aber reichen Gewinn abwerfen, so lange sie die Handwerke verabscheuen und verderbliches Treiben fortsetzen, so lange muß das Schwert der schärfsten Gesetze über sie gehalten werden.* Schacher, Wucher und Güterkaufhandel: für diese Bereiche werden *die strengsten und schärfsten Gesetze* gefordert. Außerdem solle von staatlicher Seite dafür gesorgt werden, daß *ihre Söhne ordentliche Gewerbe und Handwerke und Ackerbau nicht allein erlernen, sondern auch treiben.*

Was in dem Kontext der Rotenburger Petition völlig überraschen muß, ist die als letzter Punkt vorgetragene Bitte: *Gestatten Sie die eheliche Verbindung zwischen Juden und Christen.*

Das Anliegen der Rotenburger wurde im August 1848 im Petitionsausschuß der kurhessischen Ständeversammlung in Kassel beraten, deren Plenum der Hersfelder Abgeordnete Sunkel darüber Bericht erstattete. Sunkels Ausführungen referierte der Hersfelder „Hessenbote“ in seiner Ausgabe vom 17. August 1848 in einem zweiseitigen Artikel. Sunkels Gremium wehrte sich dagegen, die beanstandeten Geschäftspraktiken *zum unverkennbaren Nachteil der christlichen Bevölkerung* auf die Ausdehnung der bürgerlichen und politischen Rechte durch das Gesetz vom 29. Oktober 1833 zurückzuführen.

*Man braucht in seiner Judenangst nicht so weit zu gehen, zu besorgen, daß die Juden nach und nach sich aller von Christen betriebenen Beschäftigungen*

*bemächtigen, allen Handel an sich ziehen und sich überhaupt zu Gebietern aller Nationalkräfte erheben würden. Wenn Gestattung freier Konkurrenz für das konsumierende Publikum eine Wohltat ist, so kann diese Wohltat durch Zulassung betriebsamer Konkurrenten nur noch vergrößert werden.*

*Nicht die rechtliche Besserstellung der Juden, so Sunkel in seiner Stellungnahme vor der Ständekammer, sei schuld an der von den Petitionen beklagten Misere, ganz im Gegenteil: Wäre ihnen bei uns im Jahr 1833 vollständige Emanzipation gewährt und wären die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich des Not- und Hausierhandels strenger gehandhabt worden, so würden wir jetzt wahrscheinlich nicht viele Klagen gegen die Juden vernehmen.*

Um die Juden vom Schachern und Wuchern abzubringen und sie insgesamt besser in die Gesellschaft zu integrieren, seien vier Maßnahmen durchzuführen:

1. Aufhebung jedes rechtlichen Unterschieds zwischen Christen und Juden
2. Freigebung der Ehe zwischen denselben
3. Beschränkung des Not- und Hausierhandels
4. Errichtung von Kredit- und Hilfskassen, aus welchen der bedrängte Landmann oder Gewerbetreibende Vorschüsse erhalten kann, um nicht genötigt zu sein, den Wucherern in die Hände zu fallen.

\*\*\*

*Über die hiesigen Zustände, so wie ich dieselben von meinem Standpunkt aus beurteile, gab Oberstleutnant Hillebrand am 12. Juli 1848 einen mehrseitigen Bericht nach Kassel. Der Kommandeur des nach Rotenburg entsandten Schützenbataillons gibt den geschäftlichen Praktiken der Juden vor Ort eine Teilschuld an der hier herrschenden Konfliktsituation. Hauptsächlich macht er dafür aber – neben dem lokal besonders ausgeprägten wirtschaftlichen Niedergang – den schädlichen Einfluß auf Sitte und Moral verantwortlich, der von dem schlechten Beispiel des Rotenburger Hoflebens auf breite Bevölkerungsschichten ausgegangen sei. Hillebrands Analyse:*

*Im allgemeinen lag die Entstehungsursache der hiesigen Exzesse vorzugsweise*

*1. In einem tiefen Haß gegen die Juden. Dieser mag allerdings durch einen regen Wucher und vielerlei Betrügereien, wogegen die Gesetze nicht schützen, hervorgerufen worden sein; denn einige Judenfamilien, welche sich ehrlich von ihrer Hände Arbeit ernähren, sind ganz unberührt geblieben.*

*2. In einer tiefen Verarmung der mittleren und unteren Klassen. – Die Ursache liegt größtenteils darin, daß denselben fast alle Einnahmequellen, worauf die Existenz ihrer Familien gegründet war, abgeschnitten wird.*

*3. In einer großen Sittenlosigkeit und Demoralisierung der untern Stände. Die Ursache dieser auffallenden Demoralisierung ist in den früheren hiesigen Zuständen zu suchen, wodurch Sittenlosigkeit und Müßiggang in hohem Grad begünstigt wurde.*

*Die Entstehungsursache unter 1, nämlich der Haß gegen die Juden, ist in einem höchst auffallenden Grade durch alle Stände verbreitet, und ich glaube, daß es nur sehr wenige Einwohner gibt, welche denselben nicht teilen und welche nicht ihre Freude an den ersten Ausbrüchen desselben hatten. Ich habe*

sogar die Überzeugung, daß manche der höheren Klasse, wenn auch nur auf indirekte Weise durch laute Billigung, an den Exzessen beteiligt waren. (...)

Meiner Ansicht nach glaube ich, daß vor der Hand Rotenburg noch während eines halben Jahres nicht ohne militärischen Schutz gelassen werden darf, wenn man nicht befürchten will, daß alsbald nach Abmarsch des Militärs neue Ausbrüche, und dann wahrscheinlich noch ärger wie früher, vorkommen sollen. (...)

So lange die gegenwärtige Untersuchung dauert, welche Dauer der Justizamtman Scheffer noch auf circa 4 Wochen schätzt, dürfte die gegenwärtige Stärke der Kolonne als notwendig erscheinen, um jeden Versuch einer Ruhestörung niederzuhalten. Sollten noch Verhaftungen unter der höheren Bürgerschaft vorkommen, so könnten allerdings solche Störungen möglicherweise versucht werden. (Hervorhebungen im Original)

Daß Teile des städtischen Bürgertums die Ausschreitungen gegen Juden mit heimlicher Freude beobachteten, sie vielleicht sogar ausdrücklich geschehen ließen, durch laute Billigung an den Exzessen beteiligt waren, wie Oberstleutnant Hillebrand formulierte, war kein Rotenburger Spezifikum.

Hillebrands Feststellungen werden durch Rainer Wirtz' „Bemerkungen zum ‚Sozialen Protest‘ in Baden 1815–1848“ durchaus gestützt<sup>33</sup>. Wirtz interpretiert die Zerstörung der Handelsware und Demolierung der Wohnung des jüdischen Händlers als diejenige Ausprägung des Antisemitismus, die dem Juden den aufgrund seiner ökonomischen Position zustehenden Status verweigerte, um so den eigenen Status zu behaupten. „Diese Variante des Antisemitismus entfaltete ihre Wirksamkeit darin, daß Teile des städtischen Bürgertums mit ‚heimlicher Freude‘ die Ausschreitungen beobachteten, wenn nicht gar ausdrücklich geschehen ließen“<sup>34</sup>.

\*\*\*

Der seit Juli 1848 in Rotenburg tätige Landrat Wagener kommt zu einer ähnlichen Beurteilung der aktuellen Lage in Rotenburg wie auch der Mentalität der Bürger seines neuen Dienstortes. In einer Stellungnahme vom 23. August 1848 gibt er neben seiner ablehnenden Haltung gegenüber einem Gesuch des Rotenburger Bürgerausschusses und mehrerer anderer Bürger *um Befreiung von der Einquartierungslast* eine Analyse der möglichen Hintergründe für die Gewaltausbrüche in Rotenburg. Wie Oberstleutnant Hillebrand beobachtet auch der neue Landrat eine negative Beeinflussung von Sitte und Moral durch das Beispiel der Lebensweise des Hofstaats der Quartfürsten. (Was mögen die beiden im einzelnen damit gemeint haben?) Außerdem macht Landrat Wagener die Existenz des fürstlichen Hofes für eine von ihm registrierte scharfe Klassentrennung der Rotenburger Bevölkerung und die konfliktbeladene Szene verantwortlich.

Landrat Wagener (vorher in gleicher Funktion in Schmalkalden) sieht an seinem neuen Dienstort *eigentümliche Verhältnisse, welche im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die sorglichste Berücksichtigung gebieten:*

*Das plötzliche Aufhören einer langjährigen, glänzenden und verschwenderischen Hofhaltung, von welcher Hunderte Lebensunterhalt und Unterstützung gewonnen, hat in der Mittel- und Unterklasse der hiesigen Bevölkerung eine tiefe Verarmung und Erschlaffung erzeugt. Das Beispiel des Hofes hatte auf die*

*gesellschaftlichen Bestrebungen und Sitten nachteilig eingewirkt und den Kern der Bürger mit fortgerissen. Die Bürger bilden hier eine so scharfe Abstufung und Trennung, wie ich sie nirgends auf so beschränktem Raum gefunden habe. Nur etwa ein Dritt-Teil der hiesigen Einwohner lebt von Ackerbau, ein kleiner Teil gehört ungangbaren bürgerlichen Gewerbs-Beschäftigungen, die Mehrzahl ist gänzlich verarmt. Zur allernotdürftigsten Unterstützung muß die Stadt jährlich 1500 Reichstaler aufwenden. An einer so unglücklichen Bevölkerung konnte der über halb Europa verbreitete Aufruhr nicht spurlos vorübergehen, die aufgeregten Gemüter nahmen, nach dem kundbaren Beispiele anderer deutscher Länder, Rache an Juden für deren wirkliche oder vermeintliche Betrügereien und unredliche Bereicherung. Der gesammte Pöbel, gering und vornehm, war für dieses Bestreben fanatisiert und Bürgerschaft und Obrigkeit waren über die zerstörenden Ausbrüche der Volkswut so erschreckt und erschlafft, daß jeglicher Selbstschutz fehlte. Die Untersuchung der verübten Verbrechen ist geschlossen; viele sind kompromittiert, Besorgnis vor den Folgen erfüllt alle Gemüter und über erfolgte Aussagen vor Gericht entstehen schon jetzt Reibungen. Bei allen Besonnenen besteht die begründete Meinung, daß die Vollziehung der Gerichtsurteile nicht ohne starken militärischen Beistand werde geschehen können, weil Widerstand und Versuche zur Erneuerung des Aufruhrs dann gewiß seien.*

Aufgrund seiner umfänglichen Lagebeurteilung kommt Landrat Wagener zu der entschiedenen Ansicht, daß die Stadt Rotenburg der Militärbesetzung zur Zeit noch nicht entbehren kann und daß der Zeitpunkt zu deren gänzlichen Zurückziehung sich noch nicht bestimmen läßt.

Dieser Zeitpunkt wurde dann im Oktober 1848 als gegeben angenommen, aber erst nachdem die städtischen Gremien sich für Ruhe und Ordnung verbürgt hatten, wie dies etwa in der Erklärung des Bürgerausschusses vom 6. September 1848 zum Ausdruck kam: *Der Bürger-Ausschuß, gestützt auf eine 320 Mann starke Bürgerwehr und Schutzwehr, welche größten Theils mit gehörigen Gewehren und teilweise mit anderen Waffen versehen sind, erklärt: daß er darin eine hinlängliche Garantie finde, um im unverhofften Fall eines etwa wiederkehrenden Zustandes von Unruhe oder Aufruhr, Zerstörung und Plünderung oder Brandstiftung, wenn eines dieser Vergehen versucht werden sollte, darin wirksame Unterdrückung ohne Militärschutz alsbald bewirken zu können<sup>35</sup>.*

Offen bleiben muß vorläufig die Frage, in welchem Maße der antijüdische Protest von den behördlichen Instanzen vor Ort und von der Kasseler Regierung überinterpretiert wurde, da ja in einzelnen Verlautbarungen mit den Anschuldigungen gegenüber den Juden auch allgemeine politische Forderungen verbunden waren, welche von der Obrigkeit als Zeichen revolutionärer Gefahr empfunden werden konnten. Der rasche und massive Militäreinsatz ließe sich so auch aus der verbreiteten Revolutionsfurcht und der grundsätzlichen Unterdrückung jeder Form von Massenprotest erklären<sup>36</sup>.

Ebenso kann keine eindeutige Antwort auf die Frage gegeben werden, ob es sich bei den Rotenburger Geschehnissen des Jahres 1848 um Protest gegen Not und Teuerung ging, der sich in Aggressionen gegen Juden ein Ventil suchte, oder aber darum, die bürgerliche Gleichstellung der so auffällig wirtschaftlich erfolgreichen jüdischen Minderheit aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen. Wahrscheinlich kam beides zusammen, so daß auf die jüdische Minder-

heit umgeleiteter sozialer Protest und traditionelle Judenfeindschaft nicht zu trennen sind.

Vieles deutet darauf hin, daß die Rotenburger Revolte trotz der hartnäckigen Gewaltbereitschaft der Aufbegehrenden keine strategische Basis hatte, sondern ähnlich wie die Aufstände der Bauern gegen die Adelherrschaft ganz und gar spontanen Charakter trug und schließlich die Grenzen der Loyalität gegenüber der staatlichen Obrigkeit nicht ernsthaft in Frage stellte<sup>37</sup>.

\*\*\*

„Weshalb Judenverfolgungen in der Revolution, die Freiheit und Toleranz predigte?“ fragt der Tübinger Ethnologe Utz Jeggle im Anschluß an die Betrachtung antijüdischer Ausschreitungen im Württembergischen, die in gleicher Weise wie in Rotenburg mit Angriffen auf Amtspersonen einhergingen. Als Antwort bietet sich an, so Jeggle, „daß die Revolution schlicht ein Ventil für aggressive Stauungen war, daß man wahllos zuschlug, hier Beamte und dort Juden traf“<sup>38</sup>. Oder, mit speziellem Bezug auf die bis dahin politisch und sozial unterdrückte Landbevölkerung: „Man reduzierte komplizierter gewordene Herrschaftsverhältnisse und Abhängigkeiten auf durchschaubare Zusammenhänge, verprügelte Juden und Oberamtswänner“<sup>39</sup>.

So ähnlich hatte es schon 1848 der Rotenburger Pfarrer Wilhelm Vilmar in dem eingangs bereits zitierten Brief an seinen Sohn Eduard gesehen. Für Vilmar war es „der Amtswann, dem es eigentlich galt“. Sogar sich selbst als kirchlicher Amtsträger sah der Geistliche bedroht: „Ich habe so Ahnungen und Gefühle, daß es auch nunmehr gegen mich gerichtet ist. Nun wir wollen sehen, stille sein und hoffen“<sup>40</sup>.

Reinhard Rürup<sup>41</sup> hat den (zeitlichen) Zusammenhang zwischen der Emanzipation der Juden in den deutschen Landen und der parallel dazu verlaufenden Strukturkrise beschrieben, welche durch den Übergang von der alten feudalkorporativen auf die neue bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft in der ersten Hälfte des 19. Jh. verursacht wurde. Diese Strukturkrise bedeutete: Organisation der Landwirtschaft nach kommerziellen und kapitalistischen Prinzipien, Ablösung der Heimindustrie und vorindustrieller Manufaktur durch zentralisierte industrielle Produktion, Expansion der Kommunikationssysteme, Erschließung neuer Märkte und ständig wachsende Bedeutung des Kapitals – mit dem Ergebnis einer Modernisierungskrise, die selbst in den zurückgebliebenen Regionen und Wirtschaftsbereichen zu spüren war. In den 40er Jahren wurde diese Strukturkrise durch Mißernten und gewerblich-industrielle Überproduktion verschärft. Die Erntekatastrophen der Jahre 1845 und 1846 führten zu einer durch Nahrungsmittelnot und explodierende Nahrungsmittelpreise ausgelösten Zuspitzung dieser Krise.

Die Juden waren auf diese Situation (d. h. die Umstellung von feudalkorporativer auf industriell-kapitalistische Wirtschaftsweise) besser vorbereitet. Gewöhnt an Wettbewerb und Selbständigkeit und anpassungsfähig an die wechselnden und sich verändernden wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Geschäftspartner konnten sie sich besser auf die neuen marktwirtschaftlichen Strukturen einstellen. Auf Grund ihrer Erfahrung in Geld- und Handelsfragen konnten sie die neuen Möglichkeiten wesentlich besser nutzen als ihre weniger mobile und im alten Zunftdenken befangene und darin letztlich auch gefange-

ne Umwelt. Daß es dabei auch zu mißbräuchlicher Ausnutzung dieser Überlegenheit, zu Unregelmäßigkeiten und Übervorteilungen kam, steht außer Frage.

Den nichtjüdischen Händlern fehlte es wohl auch an der Bereitschaft, dem geschäftlichen Erfolg sich so zu unterwerfen, wie das bei der jüdischen Konkurrenz der Fall war. So scheint es jedenfalls auch der seit 1855 in Rotenburg amtierende Landrat Ludwig Schantz gesehen zu haben, als er am 7. Juli 1859 – bezogen auf eine Anfrage in Sachen des Nothandels – nach Kassel berichtete, er sei *von der Verderblichkeit und Schädlichkeit der zum Nothandel gerechneten Handelsarten keineswegs überzeugt, auch nicht, wenn derselbe durch Israeliten geführt wird, welches Volk sich überhaupt damit nur so lange zu beschäftigen pflegt, bis es sich ein hinlängliches Vermögen damit erworben hat, um großartigere Handelsoperationen unternehmen zu können, während der germanische Trödler, überhaupt von wenig Geschick dazu, es selten darin so weit bringt, daß er einiges Vermögen dabei erwürbe; vielmehr wird er regelmäßig alles, was er über sein und seiner zahlreichen Familie tägliches Bedürfnis hinaus erwirbt, sehr bald im nächsten Wirtshause vertun*<sup>42</sup>.

In der bereits zitierten Petition an die Ständeversammlung vom 20. Juni 1848 war die hohe Zahl der Juden in Rotenburg als wesentlicher Beschwerdegrund bemüht worden. *Es ist aber ein Unterschied, ob unter einer (christlichen) Herde nur 1 Wolf oder 10 Wölfe ihr Wesen treiben*, hieß es dort.

In der Tat hatten sich in der Rotenburger Quart und insbesondere deren Residenzstadt in noch stärkerem Maße als in den meisten übrigen Teilen der Landgrafschaft Hessen jüdische Familien niedergelassen. Von 6823 Juden der Provinz Niederhessen im Jahr 1823 lebten 2457, also mehr als ein Drittel, in den drei Kreisen der Rotenburger Quart, davon 215 in der Stadt Rotenburg. Den Quartfürsten waren die Juden zur Aufbesserung ihrer Finanzen offenbar sehr willkommen. Für die sich hier niederlassenden Juden hieß dies aber, Abgaben und Gebühren nicht nur nach Kassel, sondern zusätzlich auch noch an die Kasse der Quartfürsten abführen zu müssen, deren Rezeptionspolitik natürlich von finanziellen Erwartungen geleitet war. Um entsprechende Gewinne für vermehrte Abgaben zu erwirtschaften, bedurfte es also in der Rotenburger Quart besonderer geschäftlicher Tüchtigkeit der jüdischen Geld-, Waren- und Viehhändler. Sicherlich ist es dabei auch zu skrupellosem Ausnützen der bedrängten Lage einzelner Geschäftspartner gekommen. „Zumeist war es (...) ganz einfach der Haß gegen die bedeutende Anzahl der Juden“, meint Franz, „die sich trotz 1831/33 gewährter Gewerbefreiheiten (...) auch weiterhin fast ausschließlich vom Handel – mit Geld, mit Grundstücken, mit Vieh, Getreide und Kramwaren – ernährten“<sup>43</sup>.

\*\*\*

Wie aggressiv der Haß auf die Juden sich verbal artikulierte, illustriert der folgende literarische Erguß, der seit den 1830er Jahren hierzulande kursierte:

*Ihr lieben Hessen hört, was ich euch will sagen:  
Die Juden wollen wir alle zum Lande hinausjagen.  
Sie haben genossen das christliche Land.  
Undeutlich bringen sie die Cholera ins Land.  
Durch Betrug und Schändlichkeit haben sie Reichthum erworben,  
Aber ihr Recht ist jetzt bald abgestorben.  
Der Betrug mit ihnen soll sein bald aus,*

*Denn sie sollen zum Lande hinaus.  
 O Ihr meine Lieben und ehrlichen Christen,  
 Die Juden wollen wir nicht länger mehr fristen.  
 Ihr Betrug ist außerordentlich stark.  
 O Ihr meine Lieben; die Juden und Fürsten sind Trachen,  
 Sie wollen uns arme Christen zu Sklaven machen.  
 Aber wir wollen sie zum Teufel jagen,  
 Da können sie uns Christen anklagen.<sup>(44)</sup>*

An die hundert andere deutsche Orte waren 1848 Schauplatz von anti-jüdischen Ausschreitungen. Auf jüdischer Seite rief dies aber keine gemeinsame Stellungnahme oder Abwehrreaktion hervor. Die lokalen Ausbrüche von Gewalt gegen Juden wurden vielmehr als vorübergehende *Pöbelstürme* (Leopold Zunz) bzw. als Exzeß der Freiheit jener *ungezogenen Tochter, die um sich schlägt* gedeutet, wie im „Orient“, dem Organ der liberalen Juden zu lesen war. Selbst das Blatt der orthodoxen deutschen Juden, „Der treue Zionswächter“, verklärte den Ausbruch der Gewalt gegen die Juden als *Blutweihe für Deutschlands Freiheit*. Insbesondere die öffentlich wirkenden Repräsentanten und politischen Sprecher der deutschen Juden vertrauten auf den festen Willen der großen Mehrheit der Deutschen, sie als sozial und politisch gleichberechtigt zu akzeptieren, sie als Staatsbürger jüdischen Glaubens anzuerkennen, so daß eine Reaktion als Gruppe hier nur hätte störend wirken können. Denn der Verlauf der Debatten in der Paulskirche und der Diskussionen in deren Umfeld nährte ja den Traum von der völligen Emanzipation<sup>45</sup>.

Das verhängnisvolle Fehlschlagen der demokratischen Bestrebungen in der Mitte des 19. Jh. bedeutete jedoch zugleich auch ein Scheitern der gesamtgesellschaftlichen Erneuerung, in der die volle Gleichstellung der Juden ein integraler Bestandteil war.

#### Anmerkungen

- 1 Staatsarchiv Marburg (im folgenden: STAM): Bestand 340 (Nachlaß Vilmar), Nr. 42b: Wilhelm Vilmar.
- 2 Vgl. dazu Wirtz, Rainer: Die Begriffsverwirrung der Bauern im Odenwald 1848. Odenwälder „Excesse“ und die Sinsheimer „republikanische Schilderhebung“. – In: Puls, Detlev (Hrsg.), Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1979, S. 81-104.
- 3 Zitiert nach Rürup, Reinhard: Die Judenemanzipation in Baden. – In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 114, 1966, S. 241-300, hier S. 286.
- 4 Friesel, Evyatar: Atlas of Modern Jewish History, Revised from the Hebrew Edition, New York/Oxford 1990, S. 57.
- 5 Rohrbacher, Stefan: Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815-1848/49), Frankfurt/New York 1993, S. 221, Abb.4.
- 6 Andrae, Richard: Geschichte der Stadt Hofgeismar 1814-1914, Hofgeismar 1954.
- 7 Langewiesche, Dieter: Die deutsche Revolution 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Forschungsperspektiven. – In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XXI, 1981, S. 459-498, hier S. 486f.
- 8 Vgl. Franz, Eckhart G.: Vormärz und Revolution in den kurhessischen Landen „am Werra-Strom“. – In: Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl August Eckhardt, Marburg/Lahn und Witzenhausen, 1961, S. 245-283, hier S. 259.
- 9 STAM, Bestand 16, Rep. II, Kl.1c, Nr. 33.
- 10 STAM, Bestand 16, Rep. II, Kl.14, Nr. 23, Bd.1.
- 11 Jäger, Günter: Die Bevölkerungsbewegung der Stadt Rotenburg/F. seit 1834 und ihre Ursachen, unveröffentl. Manuskript, 1961, S. 3.

- 12 Wie Anm. 9.
- 13 Vgl. Franz (wie Anm. 8), S. 266 u. 269f, dazu auch Zimmer, Anna Maria: Juden in Eschwege. Entwicklung und Zerstörung der jüdischen Gemeinde, Eschwege 1993, S. 30f.
- 14 STAM, Bestand 16, Rep.VII, Kl.12, Nr. 52, Bd. 1.  
Die Eingabe von David Linz vom 28. 3. 1848 wird auch auf der Tafel mit dem Titel „Gewaltausbrüche“ im Rahmen der 1998er Wanderausstellung der Hessischen Staatsarchive „Hessen 1848. Revolution für Freiheit und Einheit, Recht und Gerechtigkeit“ gezeigt.
- 15 Hessenbote v. 16. 3. 1848.
- 16 STAM, Bestand 11/Kriegskabinett, Nr. 244.
- 17 Wie Anm. 16 (Bericht vom 7. 4. 1848).
- 18 Wie Anm. 16.
- 19 Die „Jüdische Allgemeine Zeitung“ berichtete am 22. 5. 1848 und am 29. 5. 1848.
- 20 Zit. nach Rohrbacher (wie Anm. 5), S. 205.
- 21 STAM, Bestand 180, Landratsamt Rotenburg, Nr. 428.
- 22 Rohrbacher (wie Anm. 5), S. 206, Anm. 30.
- 23 Zit. nach Rohrbacher (wie Anm. 5), S. 205.
- 24 Kasselsche Allgemeine Zeitung v. 16. 6. 1848.
- 25 STAM, Bestand 330, Stadt Rotenburg, Nr. 4299.
- 26 Die folgende Darstellung der Ereignisse in Rotenburg basiert, soweit nicht anders vermerkt, auf dem Aktenbestand des Ministeriums des Innern im Marburger Staatsarchiv: Bestand 16, Rep. VII, Kl. 12, Nr. 52.
- 27 Wie Anm. 16.
- 28 Die Ausschreitungen im März 1848 waren in Mittlers Augen weniger beunruhigend gewesen. Dem Ministerium des Innern in Kassel gegenüber hatte er dieser Lagebeurteilung entsprechend einen Bedarf an militärischer Unterstützung seinerzeit verneint. Und zwar auf Grund der *Zuversicht, daß sich diese Aufregung, die lediglich gegen die Juden gerichtet ist, in kurzem wieder legen werde.* (STAM 16, Rep. VII, Kl. 12, Nr. 51, vol.1, 1848.) In welchem Maße war hier eine antisemitische Disposition des Vertreters der staatlichen Autorität gegeben?
- 29 STAM 180 LA Rotenburg, Nr. 576.
- 30 StAM Bestand 16, Rep. VII, Kl. 12, No. 32, 1844-1848.
- 31 Wie Anm. 31.
- 32 Franz (wie Anm. 8), S. 268.
- 33 Wirtz, Rainer: Bemerkungen zum „Sozialen Protest“ in Baden 1815-1848. Determinanten, Motive und Verhaltensmuster. – In: Heinrich Volkmann/Jürgen Bergmann (Hrsg.), Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung, Opladen 1984, S. 36-55.
- 34 Wie Anm. 33, S. 48.
- 35 STAM, Bestand 17g, Fach 27, Nr. 19a.
- 36 Vgl. dazu Erb, Rainer/Bergmann, Werner: Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780-1860, Berlin 1989, S. 235.
- 37 Vgl. dazu Henke-Bockschatz, Gerhard: 1848 - Revolution und Reaktion in Europa. – In: Geschichte lernen, Heft 61 (1998), S. 10–17, hier S. 11.
- 38 Jeggle, Utz: Judendörfer in Württemberg, Tübingen 1969, S. 180.
- 39 Jeggle (wie Anm. 38), S.182.
- 40 Wie Anm.1.
- 41 Rürup, Reinhard: The European Revolutions of 1848 and Jewish Emancipation. – In: Mosse/Paucker/Rürup (eds.), Revolution and Evolution 1848 in German History, 1981, S. 1-54, hier S. 34.
- 42 STAM, Bestand 17g, Fach 111, Nr.1d.
- 43 Franz (wie Anm. 8), S. 270.
- 44 Gefunden in: STAM, Bestand 16, Rep. VII, Kl.12, Nr. 52.
- 45 Vgl. Toury, Jacob: Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation, Düsseldorf 1977, S. 290f.